

Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg

Ausgewählte Ergebnisse zu Kinderarmut

Dr. Christine Weber-Schmalzl
Ministerium für Soziales und Integration

**5. Landesgesundheitskonferenz
30. November 2017, Fellbach**



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

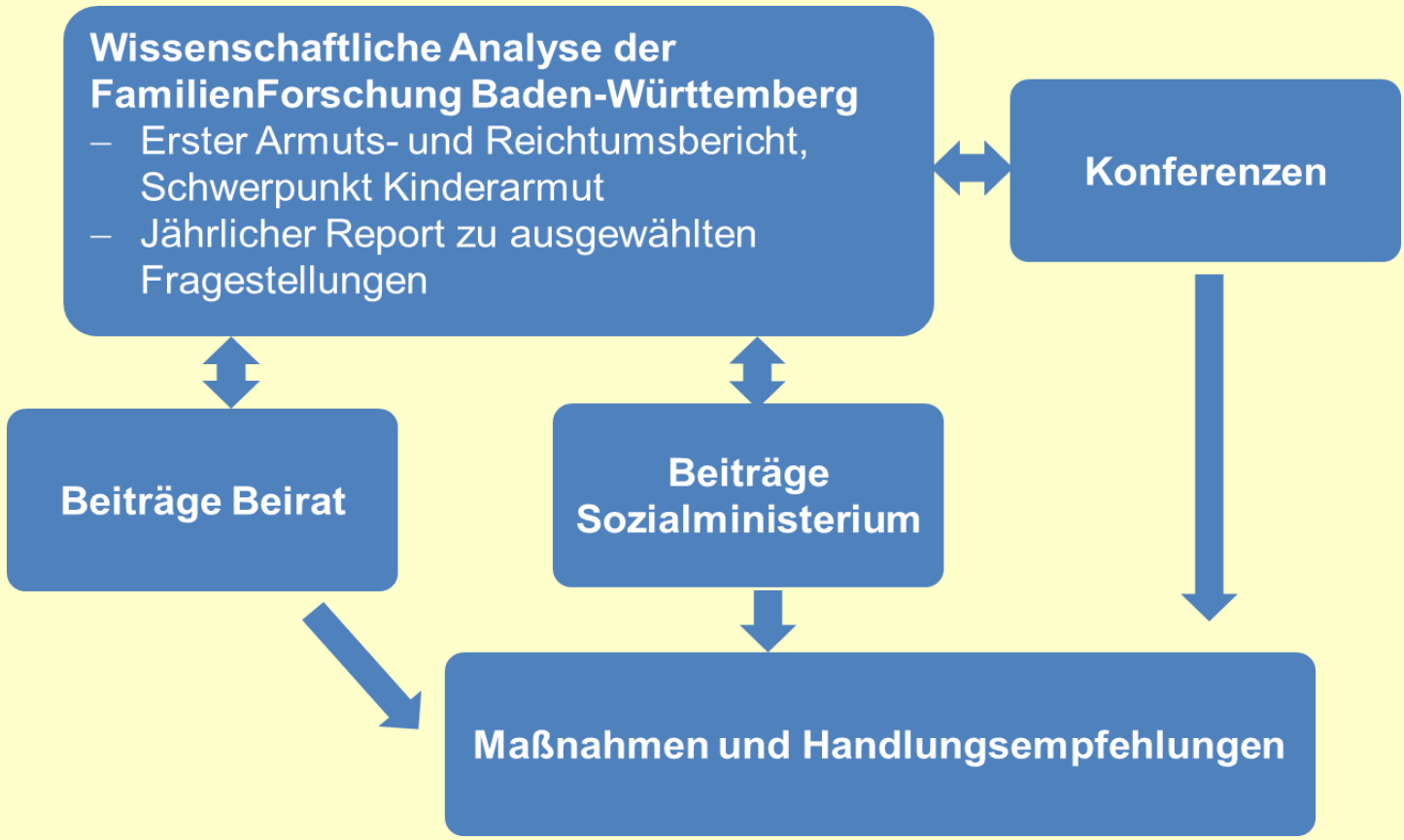
Inhalt

1. Erster Armuts- und Reichtumsbericht
Baden-Württemberg
2. Armutsbegriff
3. Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen
4. Lebenslage Gesundheit
5. Ansatzpunkte

Präsentation in Zusammenarbeit mit der
FamilienForschung Baden-Württemberg

Armuts-/Reichtumsberichterstattung Baden-Württemberg

Anwendungsorientiert und unter Einbeziehung aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT
FAFO FAMILIENFORSCHUNG

- Liga der freien Wohlfahrtspflege
- Landesfamilienrat, Landesfrauenrat, Landesseniorenrat
- Deutscher Kinderschutzbund e.V., Landesverband
- Landesarmutskonferenz
- Städte-, Landkreis- und Gemeindetag
- KVJS
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Arbeitgeber Baden-Württemberg
- sozialpolitische Sprecher der Landtagsfraktionen
- berührte Ministerien

Aufbau des Berichts

Teil A: Wissenschaftliche Analyse

- I. Sozialberichterstattung in Baden-Württemberg
- II. Rahmenbedingungen
- III. Einkommen, Armut, Reichtum und Ungleichheit
- IV. Schwerpunkt: Kinderarmut
- V. Lebenslagen und soziale Exklusion
- VI. Bundesweite und europäische Dimension
- VII. Expertisen, Zusammenfassung der Forschungsberichte der Unteraufträge

Teil B: Beiträge der Mitglieder des Landesbeirats für
 Armutsbekämpfung und Prävention

Teil C: Maßnahmen und Handlungsempfehlungen der
 Landesregierung

Was ist Armut bzw. Armutsgefährdung?

- Mangel an Teilhabe- und Verwirklichungschancen
- Konzept der „relativen Armut“
- Einkommensverhältnisse des Einzelnen im Vergleich zum Wohlstand der jeweiligen Bevölkerung
- Personen gelten als arm, die über so geringe (materielle, kulturelle, soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar sind (Armutsverständnis der EU)

Armutsgefährdungsschwelle

Entwicklung der Armutsgefährdungsschwelle seit 2010 nach Haushaltstyp						
Regionale Einheit	Armutsgefährdungsschwelle					
	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	EUR					
Einpersonenhaushalt ¹⁾						
Baden-Württemberg	895	925	952	979	1 009	1 033
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	854	878	900	923	949	974
Deutschland	826	849	870	892	917	942
Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren ²⁾						
Baden-Württemberg	1 880	1 942	1 999	2 055	2 119	2 169
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	1 794	1 843	1 890	1 939	1 992	2 045
Deutschland	1 735	1 784	1 828	1 873	1 926	1 978
1) 60 % des Medians der auf der Basis der OECD-Skala berechneten Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. – 2) Armutsgefährdungsschwelle für Einpersonenhaushalte multipliziert mit dem Bedarfsgewicht des Haushalts nach OECD-Skala (2,1).						
Datenquelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW. Ab 2011 basiert die Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.						



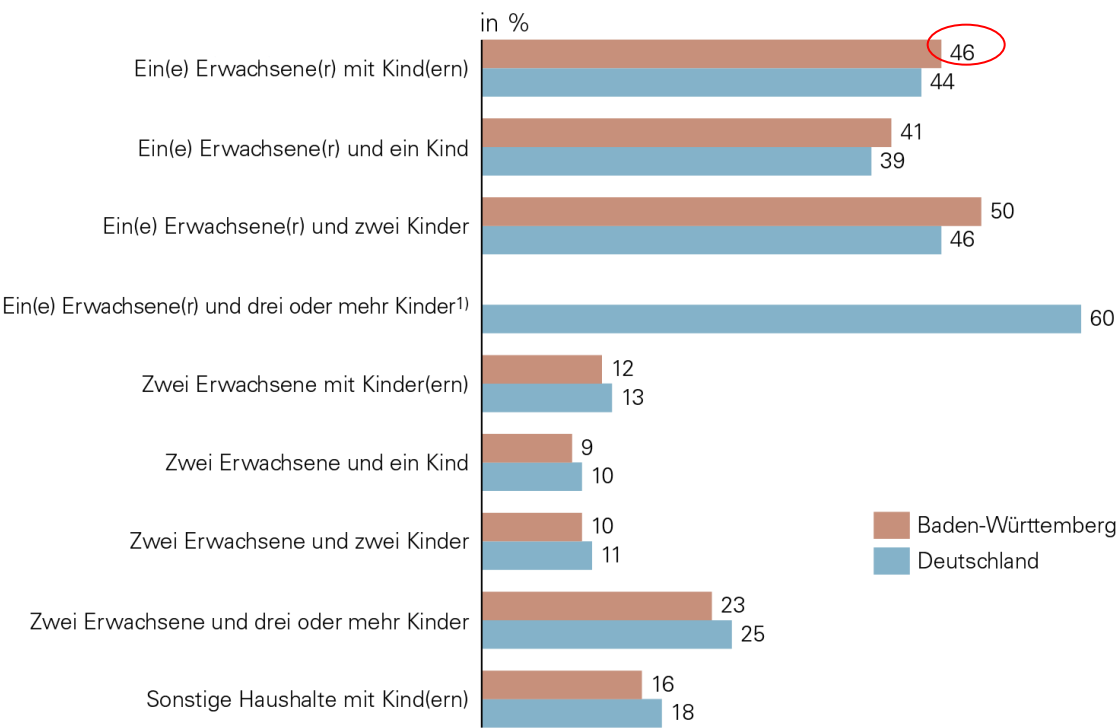
Bevölkerungsgruppen mit überdurchschnittlichem Armutsrisiko 2016

	BW	D
Durchschnitt der Bevölkerung:	15,4%	15,7%
Frauen:	16,4%	16,2%
Männer:	14,5%	15,2%
Migrantinnen und Migranten:	25,3%	28,0%
Personen ohne Migrationshintergrund:	11,2%	12,1%
Erwerbslose:	50,5%	56,9%
Alleinerziehende und ihre Kinder:	48,0%	43,6%
Kinderreiche Paarfamilien:	23,2%	27,4%
Einpersonenhaushalte:	26,4%	26,3%
Junge Erwachsene:	23,3%	25,5%
Kinder und Jugendliche:	19,4%	20,2%
Rentner/innen, Pensionär/innen:	17,9%	15,9%

Armutsgefährdung

Überdurchschnittliche Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen. Hohes Armutsrisiko von Alleinerziehenden und ihren Kindern, ansteigend mit der Kinderzahl.

Armutsgefährdungsquoten*) von Haushalten mit Kindern in Baden-Württemberg und Deutschland 2015



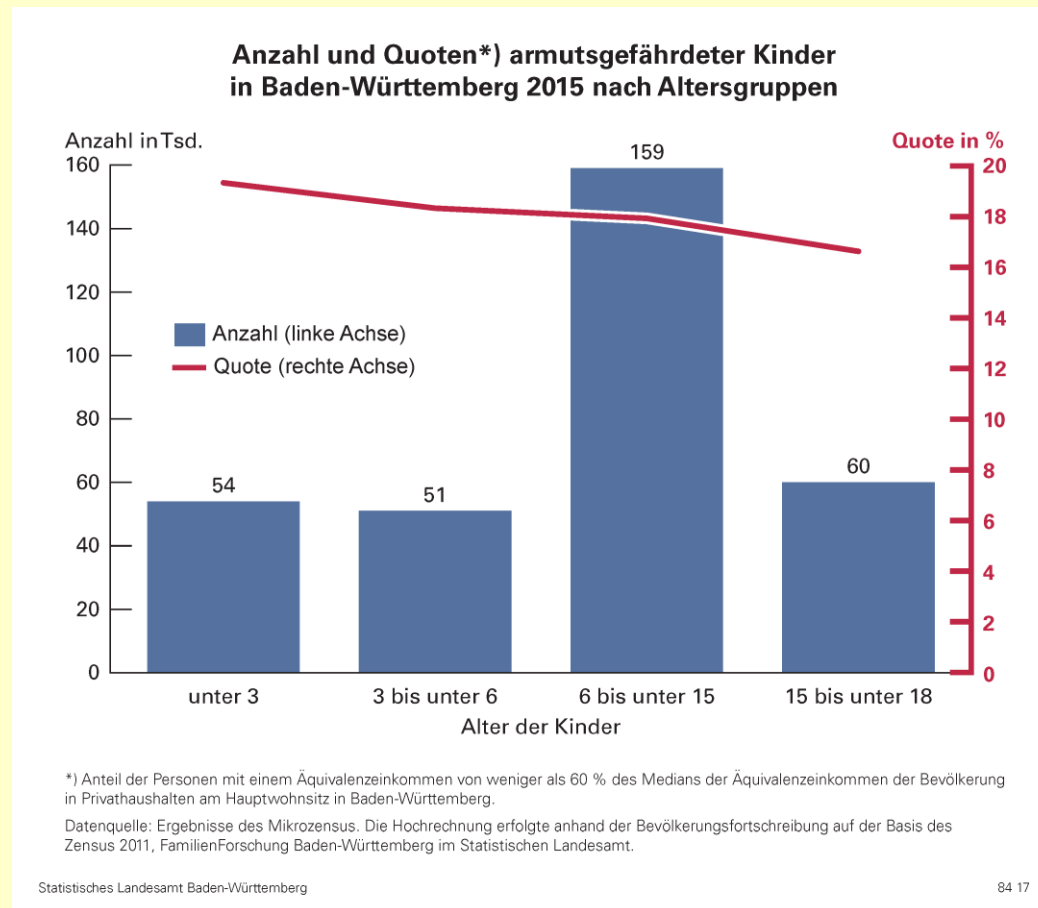
*) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz in Deutschland bzw. Baden-Württemberg. – 1) Werte für Baden-Württemberg werden aus Fallzahlgründen nicht ausgewiesen.

Datenquelle: Ergebnisse des Mikrozensus. Die Hochrechnung erfolgte anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf der Basis des Zensus 2011; eigene Auswertung FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.

Armutsgefährdung

Unter 6-Jährige tendenziell am stärksten von
Armutsgefährdung betroffen

Armutsgefährdung



SGB-II-Bezug

TABELLE 1 Anzahl und Anteil der Kinder in Familien im SGB-II-Bezug nach Altersgruppen in Deutschland und Baden-Württemberg im Jahr 2015

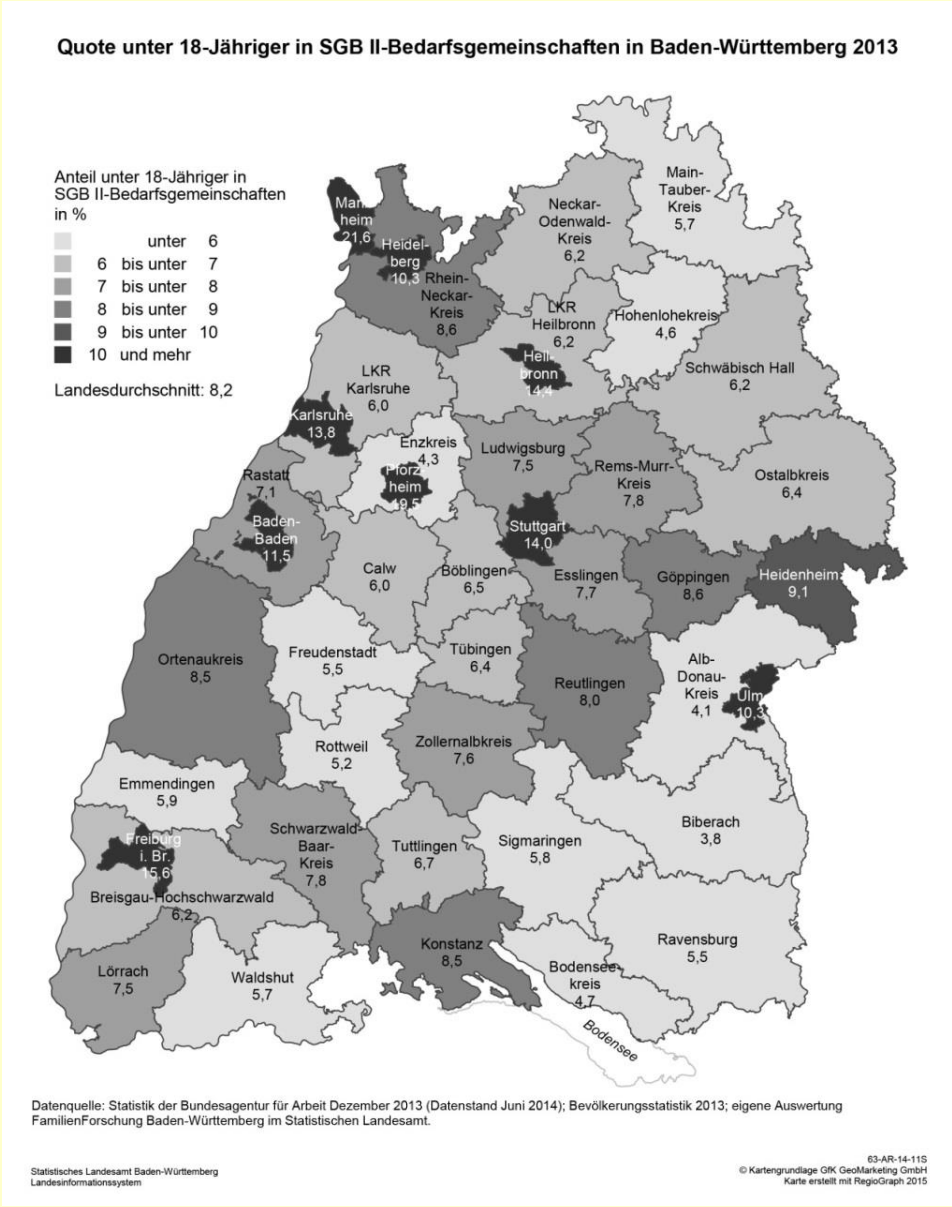
In Prozent

	UNTER 3 JAHRE	VON 3 BIS UNTER 6 JAHRE	VON 6 BIS UNTER 15 JAHRE	VON 15 BIS UNTER 18 JAHRE	UNTER 18 JAHRE INSGESAMT absolut	UNTER 18 JAHRE INSGESAMT in Prozent
Deutschland	16,6	17,0	14,8	11,1	1.931.474	14,7
Deutschland West	15,1	15,5	13,2	9,8	1.426.470	13,2
Deutschland Ost	22,5	23,2	21,9	18,0	505.004	21,6
Baden-Württemberg	9,2	9,5	8,1	5,8	146.385	8,0
Alb-Donau-Kreis	5,3	5,4	4,4	2,9	1.537	4,4
Baden-Baden, Stadt	10,6	11,5	9,9	8,6	755	10,0
Biberach	4,9	5,3	4,2	2,4	1.489	4,1
Böblingen	6,8	7,4	6,5	5,1	4.274	6,4
Bodenseekreis	5,2	5,4	4,9	3,2	1.652	4,7
Breisgau- Hochschwarzwald	7,8	7,5	5,7	3,9	2.639	5,9
Calw	6,8	7,7	6,1	3,8	1.607	6,0
Emmendingen	7,1	6,5	5,9	4,1	1.630	5,8
Enzkreis	5,4	5,8	4,8	3,0	1.559	4,6
Esslingen	7,9	8,4	7,2	5,5	6.398	7,2
Freiburg im Breisgau, Stadt	15,7	18,5	15,8	11,9	5.461	15,6
Freudenstadt	6,5	6,5	5,2	3,6	1.061	5,2
Göppingen	9,5	10,8	8,4	6,3	3.597	8,5
Heidelberg, Stadt	9,1	10,2	10,6	8,4	2.105	9,9

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2016

Regionale Analysen

Große regionale Unterschiede bei SGB II-
Quoten von Kindern und Jugendlichen



Armutsprofile

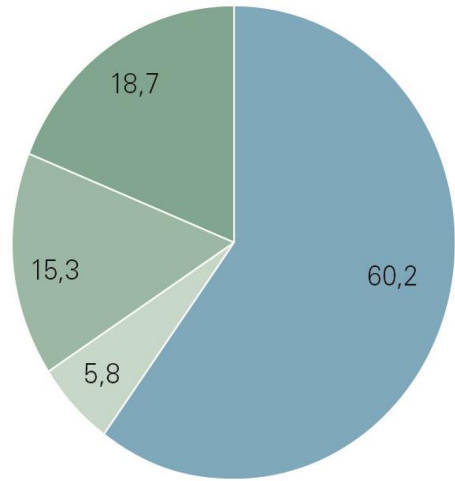
Armutsgefährdung häufiger von Dauer.
Risiken anhaltender Armutsepisoden haben
sich erhöht.

Armutsprofile

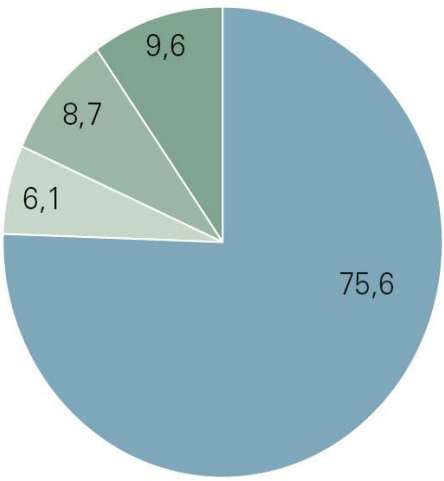
Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren

Bevölkerung insgesamt

Anteile in %



- nie armutsgefährdet
- kurzzeitig armutsgefährdet
- wiederkehrend armutsgefährdet
- dauerhaft armutsgefährdet



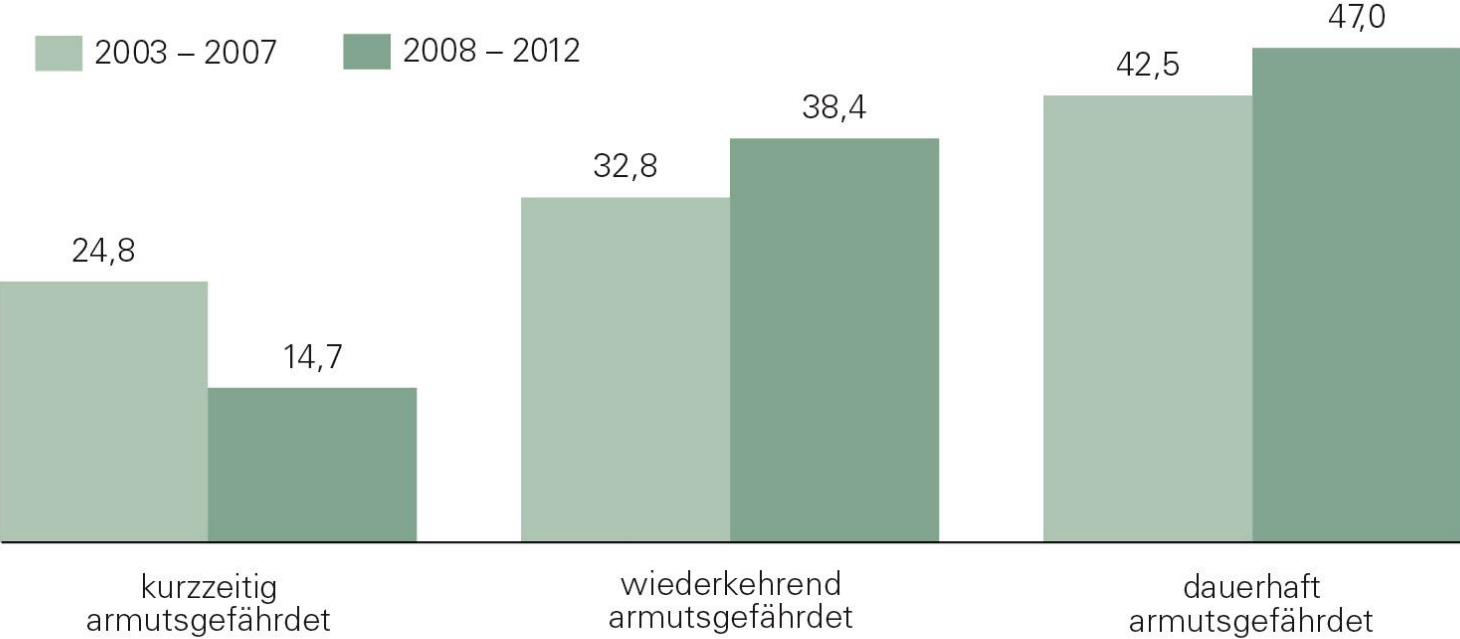
Datenquelle: SOEP 2008–2012; eigene Auswertung FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.

Armutsprofile von armutsgefährdeten Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in Baden-Württemberg

Anteile in %

2003 – 2007

2008 – 2012



Datenquelle: SOEP 2003 – 2007 und SOEP 2008 – 2012; eigene Auswertung FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.

Lebenslagen

Armutsgefährdung geht u.a. mit
Benachteiligung in der Gesundheit
einher.

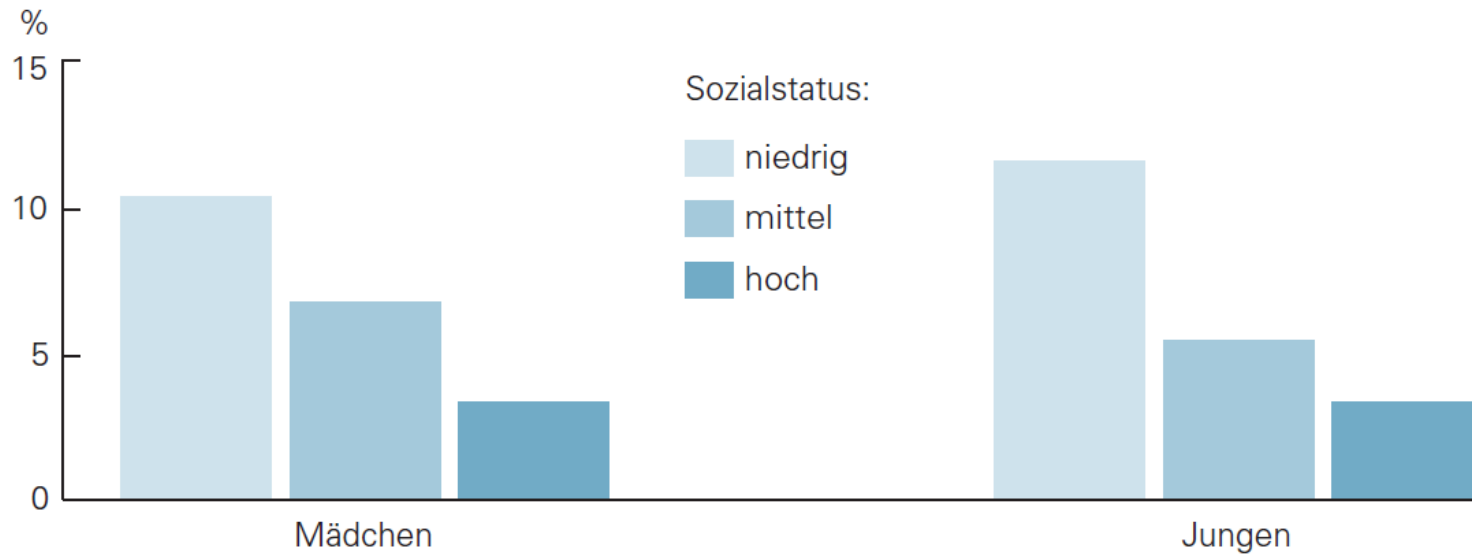
Armutsgefährdung bei Kindern und Jugendlichen geht einher mit:

- Vermehrtes Auftreten von frühkindlichen Entwicklungsverzögerungen
- Häufiger akute und chronische Erkrankungen
- Häufigere psychosomatische und psychische Beschwerden sowie Verhaltensauffälligkeiten
- Schlechtere Zahngesundheit
- Häufigere Unfallverletzungen, auch in der Schule
- Geringere Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen
- Geringeres Aktivitätsverhalten
- Häufiger Übergewicht und Adipositas

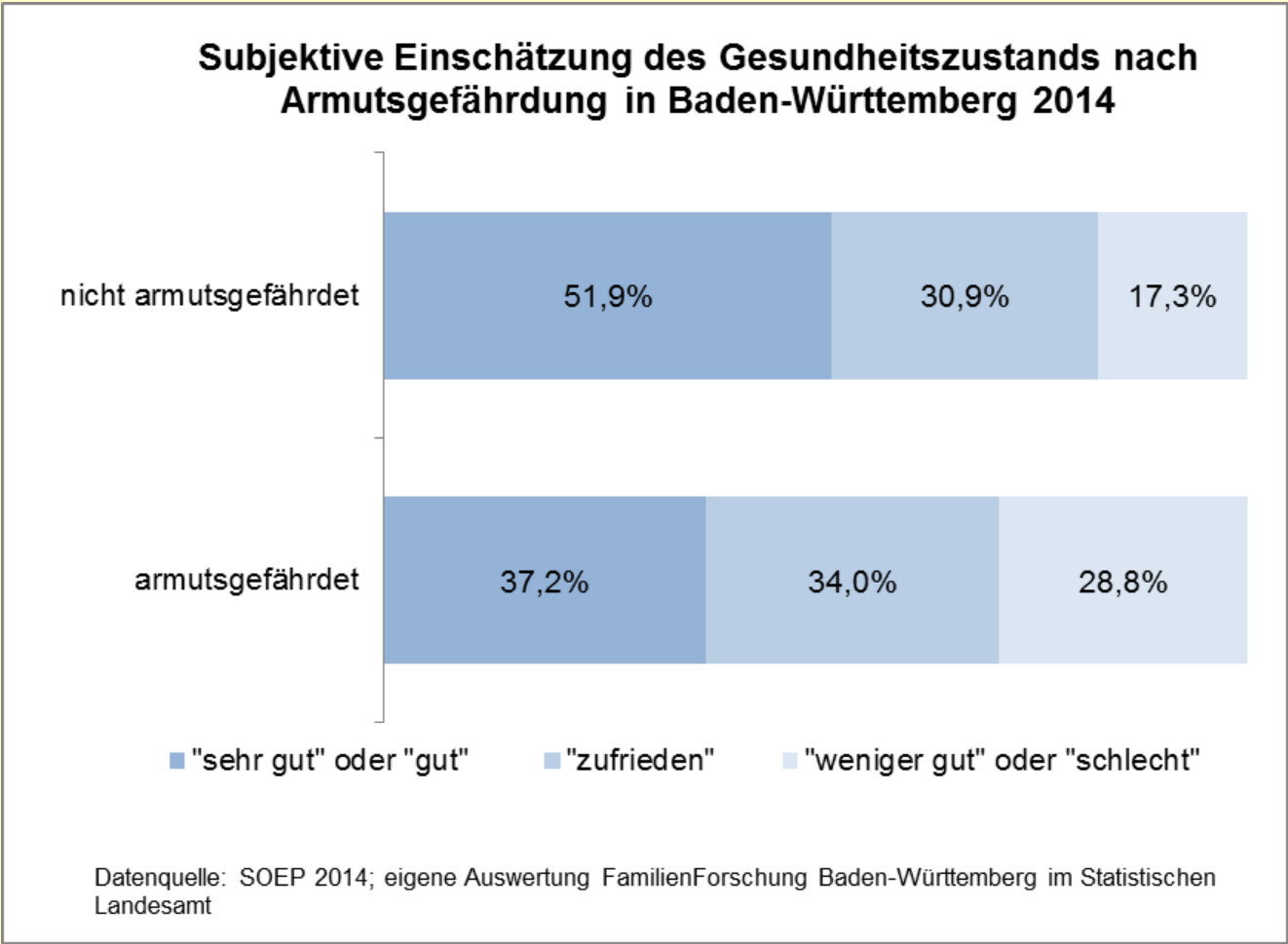
„Die höchsten Frühgeburtenraten wurden
in Regionen gefunden,
die durch hohe Arbeitslosigkeit und einen
hohen Anteil an Sozialhilfeempfangenden
charakterisiert sind.“

„Während lediglich 2,2 % der Mütter aus der hohen Statusgruppe in der Schwangerschaft geraucht haben, lag der Anteil derjenigen aus der niedrigen Statusgruppe bei 28,4%.“

Allgemeiner Gesundheitszustand („mittelmäßig“ bis „sehr schlecht“) bei 3- bis 17-jährigen Kindern und Jugendlichen in Deutschland nach Sozialstatus



Datenquelle: KiGGS Welle 1 (2009 – 2012); Lampert et al. 2015.



Ansatzpunkte in Baden-Württemberg

- Gesundheitsleitbild Baden-Württemberg: Allen Menschen soll unabhängig von ihrem sozialen Status, Alter, Herkunft oder Geschlecht ein gesundheitsförderliches Aufwachsen und Leben ermöglicht werden.
- Ziel der Gesundheitsförderung: Lebenswelten gesundheitsförderlich gestalten und damit alle Bevölkerungsgruppen erreichen
- Netzwerkstrukturen (Kommunale Gesundheitskonferenzen in den Stadt- und Landkreisen) und Beteiligungsmöglichkeiten
- Landesinitiative „Gesund aufwachsen und leben“
- Landesrahmenvereinbarung Baden-Württemberg zur Umsetzung der nationalen Präventionsstrategie gemäß § 20 f SGB V Präventionsgesetz
- Koordinierungsstelle „Gesundheitliche Chancengleichheit in Baden-Württemberg“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

